

An den Gemeinderat der Stadtgemeinde Bruck/Leitha gemäß § 16 NÖ Gemeindeordnung

Mehr als 8.000 Frauen, Männer und Kinder werden aktuell aus politischem Kalkül jeglicher Menschenwürde beraubt. Im Lager Kara Tepe auf der Insel Lesbos gibt es kaum Möglichkeit zur Körperhygiene, keinen Schutz vor Nässe und Kälte, kaum ärztliche Versorgung und teilweise verdorbenes Essen.

Es ist unsere humanitäre Pflicht, Menschen auf der Flucht ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen und Kindern den Zugang zu Bildung zu gewähren - eine Pflicht, welche die schwarz-grüne Bundesregierung nicht ansatzweise wahrnimmt. Es muss geholfen werden! Im Sinne der Solidarität, der Würde des Menschen und des Artikels 17 der EU-GRC, der das Asylrecht gewährleistet, soll der Gemeinderat der Stadtgemeinde Bruck an der Leitha die Bereitschaft zur Aufnahme von bis zu 15 besonders vulnerablen Personen bekunden.

Bruck an der Leitha hat in den vergangenen Jahren eine Vorbildrolle in der Betreuung der Asylwerber und Asylberechtigten eingenommen. In enger Zusammenarbeit mit dem Verein „Unser Bruck hilft“ ist in den vergangenen 6 Jahren eine vorbildliche Integration der in Bruck untergebrachten Asylwerber und Asylberechtigten gelungen.

- **Betreuung**
In Bruck an der Leitha gibt es ein breites Netzwerk von Menschen, das in der Zusammenarbeit mit dem Verein „Unser Bruck hilft“ eine vielfältige und umfassende Erfahrung in der Betreuung, Sprachbildung und Begleitung von Asylwerbenden hat.
- **Unterbringung**
Wie die Erfahrung aus den Jahren 2015 bis heute zeigt, könnte der Bedarf von 3 bis 4 Wohnungen zum Teil aus dem Wohnungsbestand im Einflussbereich der Gemeinde sowie aus privaten Wohnungen gedeckt werden.

Die Unterzeichnenden stellen daher zur Beschlussfassung durch den Gemeinderat folgenden Antrag:

Der Gemeinderat möge beschließen, dass die Stadtgemeinde Bruck/Leitha die Bereitschaft bekundet, bis zu 15 besonders vulnerable Personen, insbesondere Frauen und Kinder, bzw. Familien, aufzunehmen. Die Auswahl dieser Personen wird vom UNHCR getroffen. Darüber hinaus fordert der Gemeinderat die österreichische Bundesregierung auf, sich für ein EU-weit einheitliches Vorgehen bei der Umsetzung des europäischen Asylrechts, basierend auf die Charta der Grundrechte der Europäischen Union und auf die Flüchtlingskonvention, auf allen politischen Ebenen einzusetzen.

Vor- und Zuname, BLOCKBUCHSTABEN	Adresse	Geb. Datum	Unterschrift